Niederschrift
über die 23. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am **Mittwoch, 6. Juni 2018, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Petra Friedrich, Vorsitzende, SPD
Dominique Kalb, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Dorothee Köpp, 2. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Anke Bergmann, Mitglied, SPD
Wolfgang Decker, Mitglied, SPD
Patrick Hartmann, Mitglied, SPD
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD
Petra Ullrich, Mitglied, SPD (Vertretung für Hermann Hartig)
Dr. Michael von Rüden, Mitglied, CDU
Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU
Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne
Eva Koch, Mitglied, B90/Grüne
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Michael Dietrich, Mitglied, AfD (Vertretung für Michael Werl)
Dieter Gratzer, Mitglied, AfD
Mirko Düsterdieck, Mitglied, Kasseler Linke
Volker Berkhout, Mitglied, Piraten

Teilnehmer mit beratender Stimme
Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates
Peter Müller, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat
Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD
Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Lutz Getzschmann, Mitglied, Kasseler Linke
Jörg Hildebrandt, Mitglied, CDU

Caglar Öztürk, Vertreter des Ausländerbeirates
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD
Susanne Völker, Stadträtin, parteilos

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Timo Vogt, Kämmerei und Steuern
Thomas Bergmann, Revisionsamt
Ute Pähns, Sozialamt
Peter Strotmann, Sozialamt
Dr. Joachim Benedix, Personal- und Organisationsamt
Judith Osterbrink, Jugendamt

Tagesordnung:

1.	**JAFKA gemeinnützige GmbH -Änderung des Gesellschaftsvertrages-**	101.18.918
2.	**„Sozialwirtschaft integriert“ - Ein Förder-Angebot des Landes Hessen für Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen des „Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets“, insbesondere für Geflüchtete**	101.18.930
3.	**Satzung zur Änderung der Satzung für die Inanspruchnahme von Angeboten für Grundschulkinder der Stadt Kassel (Satzung Grundschulkinder) (Erste Änderung)**	101.18.937
4.	**Satzung zur Änderung der Satzung für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung für Kinder bis zur Einschulung der Stadt Kassel (Satzung Kita) vom 18. November 2013 in der Fassung der Ersten Änderung vom 14. November 2016 (Zweite Änderung)**	101.18.938
4.1	**Städtische Werke AG (STW) Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag mit STW Direkt GmbH**	101.18.944
5.	**Strategie Gemeinschaftsunterkünfte**	101.18.884
6.	**Bewerbung der Stadt Kassel um den Spar-Euro**	101.18.893
7.	**Divestment - nachhaltige Finanzanlagen der Stadt Kassel**	101.18.916
8.	**Deckungsmöglichkeiten ausgeschöpft – Nachtragshaushalt erstellen**	101.18.941

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 30. Mai 2018 ordnungsgemäß einberufene 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Friedrich teilt mit, dass der Magistrat beantragt hat, die Tagesordnung um die als Tischvorlage verteilte Vorlage des Magistrats betr. Städtische Werke AG (STW) Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag mit STW Direkt GmbH, 101.18.944, zu erweitern.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage des Magistrats betr. Städtische Werke AG (STW) Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag mit STW Direkt GmbH, 101.18.944, wird **zugestimmt.**

Die Vorlage des Magistrats wird als Tagesordnungspunkt 4.1 eingereiht.

Vorsitzende Friedrich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. JAFKA gemeinnützige GmbH
-Änderung des Gesellschaftsvertrages-
Vorlage des Magistrats
- 101.18.918 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Der Gesellschaftsvertrag wird gemäß beigefügter Synopse in den §§ 2 und 3 geändert.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen."

Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: AfD
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. JAFKA gemeinnützige GmbH -Änderung des Gesellschaftsvertrages-, 101.18.918, wird **zugestimmt.**

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke vor, der von Stadtverordneten Düsterdieck eingebracht wird.

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag wird im Punkt 1 wie folgt ergänzt:

1. „Der Gesellschaftervertrag wird gemäß beigefügter Synopse in den §§2 und 3 geändert **und an geeigneter Stelle um folgenden Absatz ergänzt: „Für die in der Gesellschaft beschäftigten ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden kommen die Tarifbestimmungen des TVöD zur Anwendung.“**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. JAFKA gemeinnützige GmbH -Änderung des Gesellschaftsvertrages-, 101.18.918, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

2. „Sozialwirtschaft integriert“ - Ein Förder-Angebot des Landes Hessen für Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen des „Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets“, insbesondere für Geflüchtete
Vorlage des Magistrats
- 101.18.930 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Die Stadt Kassel beteiligt sich an der Umsetzung des Hessischen Förderangebotes „Sozialwirtschaft integriert“. Es wird als Sonderprojekt im Hessischen Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget 2018 durchgeführt. Die Stadt hat die für die Durchführung erforderlichen Finanzmittel beim Land Hessen beantragt.

   Das Projekt soll am 1. August 2018 beginnen und wird voraussichtlich am 30. Juni 2022 abgeschlossen sein. Es ist für mindestens 120 Teilnehmerinnen geplant. Davon sollen mehr als 50 Frauen einen qualifizierten Berufsabschluss erwerben.

2. Das Sozialamt wird mit der Steuerung und Verwaltung des Projektes beauftragt.

3. Das Personal- und Organisationsamt wird ermächtigt das für die Projektumsetzung erforderliche Personal einzustellen und zu beschäftigen.

4. Die Stadt Kassel übernimmt die Kofinanzierung der Personalkosten für die Projektsteuerung, Anleitung und sozialpädagogische Begleitung sowie projektbezogene Sachkosten insbesondere für die wissenschaftliche Begleitung soweit sie nicht durch Dritte oder durch Eigenmittel der Kooperationspartner sichergestellt wird.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2018 für das Haushaltsjahr 2018 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für die Haushaltsjahre 2019 bis 2022 wurden bei der Haushaltsplanung für 2019 und bei der mittelfristigen Finanzplanung für 2020 bis 2022 berücksichtigt.“

Bürgermeisterin Friedrich erläutert die Vorlage des Magistrats. Im Anschluss beantwortet sie und Herr Strotmann, Sozialamt, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. „Sozialwirtschaft integriert“ - Ein Förder-Angebot des Landes Hessen für Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen des „Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets“, insbesondere für Geflüchtete, 101.18.930, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

3. Satzung zur Änderung der Satzung für die Inanspruchnahme von Angeboten für Grundschulkinder der Stadt Kassel (Satzung Grundschulkinder) (Erste Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.937 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung für die Inanspruchnahme von Angeboten für Grundschulkinder der Stadt Kassel (Satzung Grundschulkinder) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Die Vorlage des Magistrats wird von Stadträtin Janz erläutert.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung für die Inanspruchnahme von Angeboten für Grundschulkinder der Stadt Kassel (Satzung Grundschulkinder) (Erste Änderung), 101.18.937, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

4. Satzung zur Änderung der Satzung für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung für Kinder bis zur Einschulung der Stadt Kassel (Satzung Kita) vom 18. November 2013 in der Fassung der Ersten Änderung vom 14. November 2016 (Zweite Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.938 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung für Kinder bis zur Einschulung der Stadt Kassel (Satzung Kita) vom 18. November 2013 in der Fassung der Ersten Änderung vom 14. November 2016 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Stadträtin Janz erläutert die Vorlage des Magistrats und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung für Kinder bis zur Einschulung der Stadt Kassel (Satzung Kita) vom 18. November 2013 in der Fassung der Ersten Änderung vom 14. November 2016 (Zweite Änderung), 101.18.938, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Gratzer

4.1 Städtische Werke AG (STW)
Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag mit STW Direkt GmbH
Vorlage des Magistrats
- 101.18.944 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Dem Abschluss des Beherrschungs-und Gewinnabführungsvertrages mit der Städtische Werke Direkt GmbH wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD, Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Städtische Werke AG (STW)
Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag mit STW Direkt GmbH, 101.18.944,
wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Düsterdieck

5. Strategie Gemeinschaftsunterkünfte
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.884 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Gemeinschaftsunterkünfte sollen langfristig erhalten werden?

2. Nach welchen Kriterien wird entschieden, welche Gemeinschaftsunterkünfte erhalten werden?
3. Welches Trägermodell favorisiert der Magistrat für Unterkünfte auf Reserve?
4. Wie viele Plätze sollen vorgehalten werden für ankommende Flüchtlinge?
5. Welche Zwischennutzungen werden überlegt?
6. Was sind die Planungen für die Gemeinschaftsunterkunft auf dem Gelände der Jägerkaserne I?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und sagt eine schriftliche Antwort mit der Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.

6. Bewerbung der Stadt Kassel um den Spar-Euro
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.893 -

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Kassel bewirbt sich um den Spar-Euro, der vom Bund der Steuerzahler (BdSt) Hessen und dem Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) vergeben wird. Sollte eine Bewerbung in diesem Jahr aus Zeitgründen nicht mehr möglich sein, so wird der Magistrat beauftragt, eine Bewerbung um den Spar-Euro für das Jahr 2019 anzupeilen.

Stadtverordneter Gratzer, AfD-Fraktion, begründet den geänderten Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der AfD-Fraktion betr. Bewerbung der Stadt Kassel um den Spar-Euro, 101.18.893, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Berkhout

7. Divestment – nachhaltige Finanzanlagen der Stadt Kassel
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.916 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie und wann eine Anlagenrichtlinie im Sinne des Divestment, also der nachhaltigen Anlage eigener Finanzmittel, für die Stadt Kassel umzusetzen ist.

Stadtverordnete Köpp, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: CDU
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Divestment – nachhaltige Finanzanlagen der Stadt Kassel, 101.18.916, wird **zugestimmt.**

Die Ausschussmitglieder erhielten mit der Einladung ein Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke, der von Stadtverordneten Düsterdieck eingebracht und begründet wird.

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten eine Anlagenrichtlinie im Sinne des Divestment, also der nachhaltigen Anlage eigener Finanzmittel, für die Stadt Kassel **zu erarbeiten.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Divestment - nachhaltige Finanzanlagen der Stadt Kassel, 101.18.916, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

8. Deckungsmöglichkeiten ausgeschöpft – Nachtragshaushalt erstellen
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.941 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen Nachtragshaushalt vorzulegen, in dem die Investitionsmittel aus dem Schulsanierungsprogramm, die zur Deckung der Mehrkosten im Viktoria Hochhaus entstanden sind (Referenz zur Liste / Vorlage 101.18.910) kompensiert werden und zusätzliche Investitionsmittel bereit gestellt werden, mit denen mögliche Mehrkosten bei laufenden Investitionen und Sanierungen in Kasseler Bildungseinrichtungen gedeckt werden können.

Stadtverordneter Berkhout, Fraktion FDP, Freie Wähler + Piraten, begründet den Antrag. Oberbürgermeister Geselle bezieht dazu Stellung und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler + Piraten betr. Deckungsmöglichkeiten ausgeschöpft – Nachtragshaushalt erstellen, 101.18.941, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kalb

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Cenk Yildiz
Schriftführer

Anlage zu TOP 5

Magistrat der Stadt Kassel
Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Soziales

Kassel, 16. April 2018

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 07. JUNI 2018

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke vom 9. April 2018
Vorlage Nr. 101.18.884
Strategie Gemeinschaftsunterkünfte

1. **Frage:**
Welche Gemeinschaftsunterkünfte sollen langfristig erhalten werden?

Antwort:
Aktuell gibt es in der Stadt Kassel sechs große Gemeinschaftsunterkünfte und 48 kleinere Immobilien (2-/3-Familienhäuser), die für die Aufnahme von Flüchtlingen genutzt werden.

GU KKH Park Schönfeld
Der Vertrag läuft Ende 2019 aus. Die Eigentümer planen eine andere Nutzung des Gebäudes. Diese GU wird aufgelöst.

GU „Nordstadtquartier"
Der Vertrag läuft am 30. Juni 2021 aus. Danach werden die Wohnungen vom Eigentümer vermietet werden.

GU Bunsenstraße
Der Vertrag läuft am 30. Juni 2023 aus. Danach werden die Wohnungen von der GWG vermietet werden.

GU „Jägerkaserne"
Wenn die Planungen der Stadt über die weitere Verwendung des Areals abgeschlossen sind, wird diese GU aufgelöst.

Für einen längerfristigen Erhalt stehen somit als große Gemeinschaftsunterkünfte nur die in der Graf-Haeseler-Kaserne und in der Sandershäuser Str. 79 zur Verfügung.

Die Verpflichtungserklärungen für die 48 kleineren Immobilien laufen in den Jahren 2019 bis 2023 aus. Hier wird im Einzelfall entschieden, ob und welche Verpflichtungserklärungen verlängert werden (siehe auch Antwort zu Frage 2).

2. **Frage:**
Nach welchen Kriterien wird entschieden, welche Gemeinschaftsunterkünfte erhalten werden?

Antwort:
Mit Ablauf der Verträge ist die Finanzierungsphase der Unterkünfte abgeschlossen. Kriterien für einen Erhalt sind:
- der Bedarf an Unterkunftsplätzen
- der neue „Angebotspreis"

- Lage und Zustand der Immobilie
- Erfahrungen mit den Betreibern.
-

3. **Frage:**
Welches Trägermodell favorisiert der Magistrat für Unterkünfte auf Reserve?

Antwort:
Die Stadtverordnetenversammlung hat am 31. März 2014 beschlossen, dass Flüchtlinge dezentral im Stadtgebiet untergebracht werden sollen. Dieses Modell wird auch künftig für Kassel verfolgt. Gemeinschaftsunterkünfte werden von der Stadt Kassel nicht selbst betrieben; es erfolgt eine Inanspruchnahme Dritter.

4. **Frage:**
Wie viele Plätze sollen vorgehalten werden für ankommende Flüchtlinge?

Antwort:
Zum jetzigen Zeitpunkt kann keine konkrete Zahl genannt werden. Hier muss die Entwicklung der Flüchtlingspolitik der BRD verbunden mit den monatlichen Zuweisungen beobachtet werden. Aktuell werden Plätze im Rahmen der Möglichkeiten abgebaut.

5. **Frage:**
Welche Zwischennutzung werden überlegt?

Antwort:
Die großen Gemeinschaftsunterkünfte eignen sich in der Regel nicht für eine Zwischennutzung. Eine solche müsste mit den Eigentümern und/oder Betreibern vertraglich vereinbart werden. Nur in Einzelfällen ist eine Zwischennutzung bzw. Nutzungsänderung möglich.

6. **Frage:**
Was sind die Planungen für die Gemeinschaftsunterkunft auf dem Gelände der Jägerkaserne?

Antwort:
Die GU auf dem Gelände der Jägerkaserne wird mittelfristig (Mitte 2019) aufgelöst. Es werden keine neuen Bewohner/innen aufgenommen. Von den 135 vorhandenen Plätzen sind derzeit noch 121 belegt. 37 Personen, die Leistungen nach dem AsylbLG beziehen, werden sozialverträglich in anderen GUs untergebracht. 84 Personen beziehen Leistungen vom Jobcenter Stadt Kassel. Für diese Personen steht der Umzug in Wohnungen an.

Nona Friedrich
Bürgermeisterin